

Englisch-französische Quertreibereien gegen Lausanne.

Durchsichtige Machenschaften.

— London, 5. Januar.

Der diplomatische Korrespondent des Daily Telegraph schreibt: Es verlautet, daß der Kabinettsauschuss für das Reparationsproblem morgen zusammentreten wird, um die Grundlagen festzusetzen, auf denen Sir Frederic Leith-Ross und seine Kollegen ihre Verhandlungen mit den französischen Schatzamt wieder aufnehmen sollen. Während des Wochenendes haben der Premierminister und die anderen Mitglieder des Kabinettsauschusses eine Denkschrift studiert, die die Vorschläge der britischen Schatzamts-Sachverständigen enthält. Der Korrespondent erwähnt dann Gerüchte, die neuerdings in Umlauf seien, wonach „in einem der mächtigsten Kreise der Welt“ offenbar auf französische Anregung, dafür eingetreten werde,

daß man in Lausanne nicht verusche, auch nur eine provisorische Lösung des Reparationsproblems zu erreichen. Die Konferenz sollte sich nach Ansicht der betreffenden Bank vielmehr damit begnügen, gewisse Maßregeln zu unternehmen, die der Balfour-Sachverständigen-Kommission, und sich dann bis zum Sommer (Juni) vorzuziehen. Im Sommer würden die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse sich geändert haben, und die Atmosphäre würde günstiger für eine umfassende und dauerhafte Regelung sein.

II. a. werde darauf verwiesen, daß im Juni die französischen und die preußischen Parlamente wählen und die deutschen Reichspräsidenten wählen würden. Es ist zu erwarten, daß die Minister weniger Rücksicht auf ihre Parlamente und auf ihre öffentlichen Meinungen nehmen würden. Die Lage des britischen Handels und der britischen Währung würde sich zu dieser Zeit ebenfalls geändert haben, und sogar die künftige Gestaltung der amerikanischen Schuldenpolitik werde dann vielleicht besser erkennbar sein. Schließlich werde noch erwähnt, daß

ein dreijähriges Moratorium, von dem jetzt gesprochen wurde, weder für das Bedürfnis Deutschlands, noch das der Finanzmärkte der Welt genügen würde.

Der Korrespondent schließt, es sei schwer zu sagen, welche Antwort Berlin auf den Vorschlag machen würde, eine Regelung bis zum Sommer aufzuschieben. Der Daily Telegraph glaubt, daß auch einige der englischen Minister ein derartiges Verlangen unterstützen, zumal auch ein einflussreicher Teil der Londoner Bankwelt dafür einträte.

Man tut gut, so meinte dazu der Londoner Korrespondent der „R. Z.“, allen diesen Gerüchten ein wenig feines Besondere Gewicht beizulegen, zumal es sich um nur durchsichtige Machenschaften handelt. Bisher hat die englische Regierung in allen ihren amtlichen Erklärungen klar und eindeutig auf den Standpunkt gestellt, daß eine möglichst baldige und möglichst endgültige Lösung der Reparationsfrage betrieben werden müsse. Die Haltung der Vereinigten Staaten hat zwar die Lage beträchtlich erschwert, und es ist leidlich seine amtliche Weigerung mehr erfolgt. Aber es ist kaum anzunehmen, daß die englische Regierung sich jetzt bereiten würde, die ganze Frage der Reparationen bis zum Sommer in der Schwebe zu halten, wodurch die wirtschaftliche und politische Unruhe in der Welt nur in unheilvoller Weise verstärkt werde. Man sollte besser umgekehrt argumentieren und erklären, gerade weil in den nächsten Monaten die betreffenden Wahlen abgehalten werden, wäre es von allergrößter Bedeutung, wenn vorher Klarheit geschaffen und damit dem Radikalismus der Wind aus den Segeln genommen würde.

Konferenzbeginn am 25. Januar.

— Basel, 5. Januar.

Nachdem Bundespräsident Motta bereits dem englischen Gesandten und dem französischen Botschafter in Bern seine Zustimmung zur Abhaltung der Tributkonferenz in Lausanne gegeben hat, hat der Gesamtbundesrat in seiner Diensttagssitzung diese Zusage bestätigt. Die Konferenz wird am 25. Januar in Lausanne beginnen. Bundespräsident Motta wird als Vertreter der schweizerischen Landesregierung und damit des Gastlandes der Eröffnungssitzung beiwohnen.

v. Hoersch bei Laual.

Paris, 5. Januar.

Botschafter von Hoersch hatte heute nachmittags eine längere Unterredung mit Ministerpräsident Laual und dann eine Besprechung mit Finanzminister Flandin. Es darf angenommen werden, daß im Laufe dieser Unterhaltungen die Vorbereitung der Konferenz von Lausanne besprochen worden ist.

Amerikas Pariser Botschafter in Berlin.

— Berlin, 5. Januar.

Der amerikanische Botschafter in Paris, Edge, ist am Dienstag vormittag in Berlin zu einem mehrtägigen Besuch eingetroffen. Der Besuch wird amtlich als reine

Privatangelegenheit bezeichnet, doch ist anzunehmen, daß der Botschafter die Gelegenheit seines Aufenthaltes in Berlin wahrnehmen wird, um auch mit deutschen Amtskreisen in Verbindung zu treten, denn es wäre sonst kaum erklärlich, warum Botschafter Edge angesichts der schwebenden englisch-französischen Verhandlungen Paris verläßt. Die amerikanische Regierung legt, wie man ohne weiteres annehmen darf, jedenfalls Wert auf genaueste Unterrichtung aus Paris. Es bleibt insofern nur der Schluss übrig, daß dringendere Gründe die Reise des Botschafters Edge nach Berlin veranlaßt haben, wo Botschafter Sadott, Amerikas offizieller Vertreter, die Interessen seines Landes mit großem Geschick vertritt.

Grubenunglück bei Beuthen.

Keine Hoffnung auf Rettung von 14 Bergleuten.

— Beuthen, 5. Januar.

Auf der Karsten-Zentrums-Grube bei Beuthen erfolgte am Montagabend ein heftiger Gebirgsschlag, der in der 774m-Sohle eine Verdrängungstrecke und zwei benachbarte Abbaufreien in Wirtelschicht zog und einen größeren Bruch verursachte, durch den 15 Bergleute abgeschnitten wurden. Die sofort unter Mitwirkung der Bergbehörden einsetzenden Rettungsarbeiten konnten nach kurzer Zeit einen Fördermann unterlekt bergen. Etwa zwei Stunden später erfolgte ein zweiter Gebirgsschlag, der die Rettungsarbeiten fast gänzlich aufhob. Während der ganzen Nacht wurden die Rettungsarbeiten fortgesetzt. Das Bergungswort gestaltete sich außerordentlich schwierig, da große Gesteinsmassen zu Bruch gegangen sind. Es war daher bisher nicht möglich, an die Verunglückten heranzugelangen. Es besteht auch keinerlei Verbindung mit ihnen, jedoch man um das Schicksal der Eingekerkerten in großer Sorge ist.

Das Oberbergamt Breslau teilte am Dienstag morgen mit: Auf der Karsten-Zentrums-Grube, die von dem gemeldeten schweren Gebirgsschlag betroffen worden ist, gehen die Rettungsarbeiten nur sehr langsam vorwärts. Mit den verunglückten 14 Bergleuten konnte noch keine Verbindung aufgenommen werden. Es muß damit gerechnet werden, daß sie tot sind. Die Rettungsarbeiten werden mit allem Nachdruck fortgesetzt.

Der schwere Gebirgsschlag war so gewaltig, daß Sohle und Gänge an der Unglücksstelle zerdrückt wurden.

Ein französisches Manöver als Aufsicht der Abrüstungskonferenz.

— Genf, 5. Januar.

Der als gut unterrichtet bekannte Pariser Berichtserfasser des „Journal de Genève“, der gleichzeitig als Außenpolitiker des „Journal des Débats“ tätig ist, berichtet am Dienstag, daß in gewissen französischen Kreisen die Absicht bestehe, gleich zu Beginn der Abrüstungskonferenz, und zwar sobald die Arbeiten der Konferenz organisiert seien, den Antrag auf Untersuchung des tatsächlichen Standes der deutschen Rüstungen der Konferenz vorzulegen. Diese „Investigation“, die naturgemäß außerordentlich ernst sein würde, würde geraume Zeit in Anspruch nehmen. Die Abrüstungskonferenz werde sodann ihre Arbeiten bis zur Beendigung der Untersuchung des deutschen Rüstungsstandes unterbrechen.

Die Mitteilung des Pariser Berichtserfassers des „Journal de Genève“ verdient außerordentliche Beachtung. Sie zeigt zum allermindesten den Geist in dem maßgebenden Kreise in Frankreich die Verhandlungen auf der Abrüstungskonferenz zu führen gedenken. Die französischen Absichten sind weiterhin als ein Manöver zu bewerten, die das Ziel verfolgen, einen Ausweg aus der für Frankreich zweifellos sehr schwierigen und isolierten Lage auf der Abrüstungskonferenz zu finden.

Verkauf der D.A.Z. an den Hugenberg-Konzern?

Von unserer Berliner Redaktion.

— Berlin, 5. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Nach Mitteilung einer Berliner Korrespondenz finden in allerhöchster Zeit Verhandlungen zwischen Vertretern

Amerika braucht Deutschland als guten Kunden.

— Washington, 5. Januar.

Unterstaatssekretär Caffi sagte heute in einer Rundfunkrede, die Hilfsbereitschaft Amerikas liege auch in seinem ureigenen Interesse, denn es brauche Deutschland als guten Kunden für seine Erzeugnisse. Nach diesem ersten Schritt warte Amerika auf den nächsten, was Europa selbst für seine Ernährung tun werde. Es könne kein Zweifel bestehen, daß Amerika an der Durchführung eines verständigen konstruktiven Planes mitarbeiten werde. Ebenso zweifellos sei, daß Amerika sich weigern werde, die Kosten des tödlichen Krieges zu bezahlen, für den es nicht verantwortlich sei.

den. Die neue feste Zimmerung ist zu Schrott zerfallen. Die Rettungsarbeiten gestalten sich sehr gefährlich, da man immer noch mit neuen Gebirgsschlägen und nachfolgenden Gesteinsmassen rechnen muß. Der schwere Schlag wurde im Norden, Nordosten, Osten und Südosten der Stadt Beuthen verheert. In manchen Häusern geriet das Mobiliar ins Wanken und Bilder fielen von den Wänden, doch war von dem Unglück selbst zunächst nichts bekannt worden. Erdschütterungen ähnlicher Art haben sich im oberirdischen Industriegebiet in letzter Zeit mehrfach ereignet. Ueber ihre Ursache besteht noch keine völlige Klarheit. Die Karsten-Zentrums-Grube liegt ziemlich weit außerhalb der Stadt, in dem früher selbständigen Vorort Karf. Die eingeschüttete Strecke befindet sich abseits des Grubenzentrums. Auch hier arbeiteten glücklicherweise nur verhältnismäßig wenige Leute. Der Hauptteil der Grubenbelegschaft wurde nicht gefährdet.

Vor dem Grubentor hatten sich zahlreiche Personen eingefunden, vor allem die Angehörigen der Vermissten, die immer noch auf eine Rettung der 14 Mann hofften.

Daß die eingeschlossenen 14 Bergleute sämtlich den Tod gefunden haben, stand aber am Abend nach sachverständiger Ansicht außer Zweifel. Es wird sich nur noch darum handeln, die Leichen der Verunglückten zu bergen.

Folgender amtlicher Bericht wurde ausgegeben: „Die Rettungsarbeiten sind weiter im Gange. Es wurde hierbei festgestellt, daß die Stredenbetriebe, in denen die verunglückten Bergleute arbeiteten, vollkommen zerstört sind. Die Aufbaumassnahmen werden sich voraussichtlich noch mehrere Tage hinziehen. Es liegt fest, daß keiner der Verunglückten, von denen 11 Familienväter sind, mehr am Leben ist.“

des Hugenberg'schen Scherl-Konzerns und Aufsichtsratsmitgliedern der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ statt, die dem Ziele dienen, die D. A. Z. in den Scherl'schen Konzern überzuführen. Hauptaktionäre dieser Zeitung ist der bekannte Industrielle Behnmeier Bögler. Aber auch die Reichsbahn, die Hapag und die Schwerindustrie sind an dem Blatt fast interessiert. Das zu betonen ist aber überflüssig, da das Blatt, das man eine Zeitung der Deutschen Volkspartei zugerechnet hat, schon längst den Kurs Hugenbergs unter der Habsburger Front fixiert.

Anhaltische Regierung gestürzt.

— Dessau, 5. Januar.

Der Anhaltische Landtag nahm am Dienstag einen deutschnationalen Mißtrauensantrag mit 19 gegen 17 Stimmen an. Für den Mißtrauensantrag stimmten Deutschnationalen, Deutsche Volkspartei, Hausbesitzer, der Nationalsozialismus und die Kommunisten, dagegen die Sozialdemokraten und Demokraten. Nach der Annahme des Mißtrauensantrages erklärte Ministerpräsident Deiß sofort den Rücktritt der anhaltischen Regierung. Die Neuwahl der Regierung soll am Freitag vormittag vorgenommen werden. Man rechnet mit der Wiederwahl des jetzigen Ministeriums, das die Staatsgeschäfte bis zu den Landtagswahlen im Mai führen dürfte. Die Rechte kann eine bürgerliche Regierung wegen der Stärke der Kommunisten nicht bilden.

Der Mißtrauensantrag war mit dem Verhalten des Ministeriums in der Kreisfrage begründet. Der Landtag hatte beschloffen, den Sitz der vereinigten Kreise Dessau und Köthen nach Köthen zu verlegen. Das Ministerium belies jedoch den Kreisitz in Dessau. Daraufhin hatten die Deutschnationalen sofort den Mißtrauensantrag eingebracht.

Tagesfragen.

Dortmunds Finanznöte. Die Stadt Dortmund hat durch zwei finanzielle Ungewisslichkeiten zu Beginn des neuen Jahres die besondere Aufmerksamkeit auf sich gelenkt. Das ist erstens, daß sie am 2. Januar ihre Zins- und Amortisationsverpflichtungen nicht zu erfüllen vermochte, und zweitens, daß sie ihren Beamten und Angestellten am 2. Januar nicht mehr als gerade ein Sechstel des Gehalts auszahlen konnte, wobei sofort gegenüber anderen Zeitungsmeldungen festgestellt sei, daß es noch durchaus ungewiß ist, wann das zweite Sechstel gezahlt werden kann, ganz zu schweigen von Terminden für die restlichen zwei Gehaltsbrüche. Hier sind also kommunale Finanznöte von besonderer Schwere offenkundig geworden, denen mit den üblichen Sparvorschlägen des prellenden Ratgebers und Reichsfinanzministers Dietrich nicht mehr begegnet werden kann. Genuß haben auch andere Städte ihre nicht geringen Schwierigkeiten. Nicht alle, die mit Unleihen auf dem Inlandsmarkte vertreten sind, haben wie Berlin, Bochum und Breslau den Gegenwert der Januar-Rupons vollständig anschaffen und für glatte Einlösung der präsentierten Rupons sorgen können. Eine Anzahl Städte hat zunächst nur einen Teil des erforderlichen Rupongegenwertes zur Verfügung gestellt, sobald mit einer stückweisen Einlösung zu rechnen ist. Ein völliger Ausfall von Ruponeinlösungen ist dagegen bisher nicht bekannt geworden. Die Sorgen der Stadt Dortmund rühren indessen nicht von solchen Rupongahlungen her, sondern von einer Anzahl anderweitiger Verpflichtungen, so nicht unbeträchtlicher Hypothekenschulden, vor allem aber, und das ist das Ausschlaggebende, von der ungeheuren Belastung durch die Wohlfahrtsfürsorge. Daß die Stadt sich nicht in der Lage sieht, auf die Hypothekenschulden neben den Zinsen die ins Gewicht fallenden Tilgungsbeträge zu zahlen, ist bereits bekannt. Soweit Hypothekendarlehen als Gegen von Hypothekendarlehen in Frage kommen, hat die Stadtverwaltung um Stundung der Zins- und Tilgungsbeträge nachgesucht, bei den übrigen Hypothekengläubigern wurden die Zinsen gezahlt und lediglich die Stundung der Tilgungsbeträge gefordert. Die Antworten der Gläubiger sind nicht gleichmäßig ausgefallen. Einige der Hypothekendarlehen haben den Antrag der Stadt Dortmund abgelehnt, andere haben Zahlungsausschuss bewilligt. Ob allerdings diejenigen Gläubiger, die den Ausschuss nicht bewilligt haben, schneller zu ihrem Gelde kommen werden, ist sehr fraglich, denn die Stadt ist, obwohl ihr rund eine halbe Million Mark vom preußischen Finanzministerium und vom Regierungspräsidenten in jüngster Zeit überwiesen worden sind, nicht imstande zu zahlen, da diese Überweisungen bei einem monatlichen Zinsfußbedarf von 1,5 Millionen Mark nach den Festbeträgen in den vorhergehenden Monaten (Jahresbetrag 18 Millionen Mark) nicht viel mehr bedeuten als ein Tropfen Wasser auf einen heißen Stein. Und so kam es dann, daß auch die städtischen Gehälter statt am 31. Dezember erst am 2. Januar und dann auch nur zu einem Sechstel gezahlt werden konnten. Die Hauptursache für diese ungeheuerlichen Finanznöte ist neben geringeren Steuereingängen, wie bereits gesagt, die große Zahl der Wohlfahrtsverwerkslosen. Im November waren es noch 29 000, heute, zwei Monate später, sind es schon rund 32 000, also 3000 mehr. Und Dortmund steht mit dem Prozentfuß seiner Wohlfahrtsverwerkslosen in Preußen an zweiter Stelle, direkt hinter Breslau, während Berlin erst an zehnter Stelle steht und Essen im Verhältnis der Zahl der Erwerbslosen zur Zahl der Einwohner um 60 Prozent weniger belastet ist als Dortmund. Wie wenig aber das öfter gehörte Argument, die schlechte oder luxuriöse Wirtschaft der Städte sei schuld an ihren Nöten, heute noch am Platze ist, kann man daran erkennen, daß Dortmund im vergangenen Jahre mehr als 24 Millionen Mark für die Wohlfahrtsfürsorge hat ausgeben müssen, mehr als die Hälfte der gesamten Steuereingänge der Stadt, mehr als das Fünffache der vom Reich überwiesenen Einnahmen- und Körperchaftsteuer und etwa das Doppelte aller Ueberweisungssteuern. Am Falle Dortmunds wird eindeutig klar, daß nichts anderes als die große wirtschaftliche Katastrophe und die Folge dieser Krise, die enorme Arbeitslosigkeit, einst gesunde Kommunen, blühende Städte nach Jahrzehnten fortgesetzten Aufstiegs dem Zusammenbruch nahegebracht hat. Nimmt Dortmund auch in der Statistik des kommunalen Finanzlebens einen Spitzenplatz ein, so wissen doch auch fast alle anderen Industrie- und Handelsstädte heute nicht mehr ein noch aus. Bei der größten westfälischen Stadt aber tritt dies besonders traurig und besonders katastrophal in die Erscheinung, und ihr Fall faßt zwingend vor Augen, daß Reich und Staat mit nachdrücklicher Hilfe einspringen müssen. Mit der Einleitung eines Staatskommissars, die wahrscheinlich versucht werden könnte, wird die Not nicht beseitigt; dadurch gelangen weder die Gläubiger in den Besitz der ihnen zugehörenden Beträge, noch die städtischen

Beamten und Angestellten zu ihrem Gehalt. Gewiß hat der Staat sich nunmehr ernsthaft mit der Sache zu beschäftigen und zu der Frage Stellung zu nehmen, wie er die Wirtschaften auf die Einkünfte für die Kommunalverbindlichkeiten der Banken vorbeugt, oder ob er ihnen überhaupt nicht vorbeugen will, was man immerhin im Interesse des öffentlichen Kredites nicht erwarten möchte. Aber das Wesentliche wird zunächst eine sofortige ausreichende Reichshilfe sein. Die bisherigen Verhandlungen der Stadt Dortmund um eine solche Hilfe sind ohne Ergebnis geblieben. Die Stadt wird aber noch in dieser Woche erneut in Berlin verhandeln. Sie sieht, wie von der Stadtverwaltung erklärt wird, keinen Ausweg, wenn ihr das Reich nicht die Unterstützung gewährt, die sie ihrer bisher allen Vorstellungen zum Trotz verweigert hat.

Das französische Reparationsziel. Die „Dépêche de Toulouse“, ein Blatt der radikalen Partei, zugleich die größte französische Provinzzeitung, hat von der französischen Regierung den „vollständigen und endgültigen Verzicht auf die deutschen Reparationszahlungen“ verlangt. Diese Forderung erregt Aufsehen, weil man bisher noch eine vernünftige Verurteilung noch in keiner französischen Zeitung gefunden hat, obwohl durch keine französische Berechnung bestritten werden kann, daß Deutschland an Frankreich viel mehr bezahlt hat, als zur Reparation, zur Wiedergutmachung des im Kriege angerichteten Schadens nötig gewesen wäre. Der französische Arbeitsminister Deligne hat 1931 in einem Vortrag festgestellt, daß sich der Gesamtantrag für die Sachschäden im französischen besetzten Gebiet auf 80,1 Milliarden Papierfranken beläuft. Da wir nach amerikanischer Aufstellung schon mindestens 84 Milliarden Mark bezahlt haben, von denen Frankreich etwa 18 Milliarden Mark erhalten hat, so hat Deutschland, weil 80 Milliarden Papierfranken noch keine 14 Milliarden RM ausmachen, schon etwa 4 Mil-

liarden RM mehr für die Aufbauschäden gezahlt, als nötig war. Der befreiende Vorschlag des Doulosier Blattes hat also auch durchaus seine innere Berechtigung, aber so optimistisch ist natürlich in Deutschland niemand, daß er annehmen würde, das französische Volk und seine Regierung würden nun etwa ihre bisherige Haltung ändern. Tatsächlich soll ja auch das ganze Reparationsproblem ganz anderen Zielen im Sinne Frankreichs dienen. Daß England an und für sich bereit wäre, einen Schritt unter die Reparationszahlungen zu machen, weil es in ihnen und in der systematischen Niederhaltung der deutschen Wirtschaft das Heil der Welt nicht zu erblicken vermag, begegnet in Paris geradezu einem mittelbigen Unverständnis. Die von gewisser Seite gegebene Anregung, Reparationen in Form von Sachleistungen von Deutschland entgegenzunehmen, wird von einem Blatte, wie dem „Journal“, entschieden mit der Begründung abgelehnt, daß dies die industrielle Tätigkeit Deutschlands wieder beleben könnte. Ja, der Versuch Deutschlands, durch Vorforderung von Lieferungsverträgen mit Rußland Teile der deutschen Wirtschaft entgermaßen im Gang zu halten, sollte nach Auffassung eines belgischen Blattes, dem dies in seinen politischen Kram einfach nicht hineinpaßt, dadurch unmöglich gemacht werden, daß man auf das Reich mit Hilfe der aus dem Young-Plan hervorgehenden Verpflichtungen einen Druck ausübt. Das charakterisiert zur Genüge den Geist, mit dem ein recht beachtlicher Teil der politischen Meinung Frankreichs und seiner engsten Trabanten an die Regelung der Reparationsfrage herangeht. Soll die Welt wirklich gefunden, so müssen auch die andern Nationen diese Einstellung anerkennen und mit ihr aufzuräumen und dafür mit aller Entschiedenheit sorgen, daß die eine Schwalbe, die da in Toulouse aufgeflogen ist, nicht allein bleibt, damit dem verheerenden Reparationsvandalismus endlich so etwas wie ein schlichter, die Weltwirtschaft wieder belebender Frühling und Sommer folge.

Die deutsch-französischen Luftfahrtsverhandlungen.

Zusammenarbeit im Südamerika-Verkehr.

— Berlin, 5. Januar.

Ein Pariser Blatt berichtet, daß morgen in Berlin Verhandlungen stattfinden sollen, die die Schaffung eines deutsch-französischen Luftverkehrs unter Führung von Dr. Gerner zum Ziele haben. Wie wir von unterrichteter Seite hierzu erfahren, gibt die Darstellung der Zeitung ein falsches Bild von den Dingen. In Wirklichkeit handelt es sich um die Fortsetzung der Luftfahrtsverhandlungen im Rahmen der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen, die bei dem Berliner Besuch von Laval und Briand mit der Einleitung des deutsch-französischen Wirtschaftsvertrages begannen. Ebenso wie für die Luftfahrt die beiden deutschen Vertreter Generaldirektor Weigelt von der Deutschen Luftfahrt, der seit langem dem Ausschuss für den Luftverkehr angehört, und Generalrat Fißch vom Reichsausschuss für Luftfahrt in Paris waren, werden die Vertreter Frankreichs morgen in Berlin zur Fortsetzung der Verhandlungen erwartet. Die Verhandlungen beziehen sich auf ein engeres Zusammenarbeiten der Luftverkehrsgesellschaften, eine Verständigung über den Luftverkehr nach dem Norden und Fernen Osten und besonders auf die sehr teuren Linienarbeiten, die in beiden Ländern für den Verkehr nach Südamerika unternommen wurden. Bei diesem letzten Projekt spielt bekanntlich das Luftschiff eine große Rolle. Da z. B. für die nächsten Jahre Zeppelinfahrten nach Südamerika geplant sind, ergibt sich von selbst, daß auch Dr. Gerner an den Verhandlungen beteiligt ist.

Verlängerung des Stillhalteabkommens um ein Jahr?

— Berlin, 5. Januar.

Wie in politischen Kreisen verlautet, konzentrierten sich die Verhandlungen der ausländischen und deutschen Bankentrusts über die Stillhaltefragen dahin, das bisherige Abkommen mit gewissen Verbesserungen um mindestens ein Jahr zu verlängern.

Die Hauptkoalitionsbedingung des heftigen Zentrums.

— Mainz, 5. Januar.

Im „Mainzer Journal“ veröffentlicht der Vorsitzende der heftigen Zentrumsgruppe, Rechtsanwalt Dr. Böcking, Mitglied des Reichstages, einen Artikel „Im Jahre 1932 hinter Brüning“. Es heißt darin: „Somit ist es an uns liegt in Deutschland, müssen wir geschlossen auftreten. Das heißt aber nichts anderes, als daß das ganze deutsche Volk sichtbar und offen hinter dem verantwortlichen Staatsmann, dem Kanzler und Außenminister Brüning, zu stehen hat. Das ist das Gebot der Schicksals. Heute ergibt sich für uns in Hessen daraus auch die Konsequenz, daß wir von jeder Partei, die mit uns in eine Regierung treten will, verlangen müssen, daß sie Außenpolitik der Reichsregierung Brüning, die im Reichstag unterstützt werden muß.“

Wie stehen vor Wahlen in Preußen und vor der Reichspräsidentenwahl ebenfalls in diesem Schicksalsjahr. Niemand kennt den Ausgang dieser Wahlen. Soviel jedoch erscheint als sicher: In den nächsten Jahren wird keine Partei die absolute Mehrheit erhalten. Dies haben die Wahlschancen gezeigt. Es wird im übrigen deutschen Reich genau so sein, weil der katholische Volksteil dem Zentrum die Treue hält, wenn auch alle Parteien rechts von ihm zerfallen werden sollten. Nach allen Wahlen wird das Zentrum mitregieren müssen.

„Revison des Vertrages von Verdun“

— Berlin, 4. Januar.

Im Januarheft der „Deutsch-französischen Rundschau“ macht Konrad E. Marx kontroverse Vorschläge für eine deutsch-französische Verteidigungsgemeinschaft, die er in Würdigung des hierüber zu überwindenden taufelblättrigen Gegenstandes mit Recht als Revison des Vertrages von Verdun bezeichnet. Als Vorstufe einer deutsch-französischen Allianz, die als Ausgangspunkt einer gemeinsamen europäischen Verständigung unerschütterlich erweise, empfiehlt der Verfasser die beiderseitigen Elitenabkommen zu einer einheitlichen Gesellschaft unter gemeinsamer Verwaltung zu vereinigen. Er gliedert hieran auf Grund von Bestimmungen folgende Forderungen: 1. eine Erweiterung des Gebiets auf das Gebiet der gesamten Verlehrsmitel würde zweckmäßig und zwingend sein, um eine Renzibilisat der Verlehrsmitel zu sichern; 2. die vorgeschlagene Vereinigung würde die gegenseitige Mobilmachung sowohl für Frankreich als für Deutschland auslösen und so einen Zustand abwechselnder Verlehrsmitel schaffen; 3. die notwendige finanzielle Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Frankreich würde von dieser Schließung ausgehend, zu einer einfachen taufelblättrigen Transaktion werden. Darüber hinaus würde, wie Konrad Marx weiter ausführt, Frankreich in der Lage sein, die Befestigungen der Ostgrenze aufzulassen und dadurch in erheblichem Umfang abzurufen. Damit würden wieder die Voraussetzungen der Vereinigten Staaten erfüllt werden für einen entsprechenden Schuldennachschuß, der wiederum rückwärts die französische Regierung in die Lage versetzen würde, die auf der deutschen Reichsbahn ruhende Reparationslast zu befriedigen.

Mit dem Zentrum kann man jedoch nur veranlaßt werden, regieren und auch wohl auf weitestgehend hinaus nicht ohne Brünning, den gegenwärtigen Exponenten des Zentrums. Auch die Nationalsozialisten, die danach nicht dazu kommen werden, auf Grund von Wahlen in Deutschland allein zu regieren, sind eventuell einmal entbehrlich, vom Regieren für dauernd fernzuhalten oder völlig veranlaßt zu arbeiten, also unzulässig, wie es vor ihnen schon so viele andere Parteien mußten. Weisheit könnten sie in der Zukunft einmal als eine Zusammenfassung einer Reihe von in einer Verantwortung eine geschäftliche Bedeutung im aufbauenden Sinne erhalten, die sie jetzt nicht haben. Das wäre allerdings eine Zeit, wo SS und SA neben den geschäftlichen Machtmitteln des Staates aufgehört hätten zu bestehen.

Diese Ausführungen verdienen im Hinblick auf die parlamentarische Lage in Hessen besondere Beachtung. Dort sind nach den Wahlen bekanntlich die Nationalsozialisten so vorgegangen, daß sie dem Zentrum zwölf Punkte als Ultimatum offerierten. Das Zentrum hat sich an dieser Ultimatum nicht gehalten, sondern seine Meinung über eine Koalitionsbildung den Nationalsozialisten kundgegeben. Darauf haben diese gegenüber dem Zentrum nicht weiter reagiert, aber sie haben jetzt im heftigen Landtag eine Reihe von Anträgen eingebracht, unter denen sich die zwölf Punkte befinden. Neu ist der Antrag, daß die im Staatsverlag erscheinende „Darmstädter Zeitung“, die bisher Regierungsorgan war, mit sofortiger Wirksamkeit ihr Erscheinen einstellen soll. Dieser Antrag soll vermutlich mit Hilfe der Kommunisten durchgebracht werden, wobei natürlich für die Antragsteller maßgebend ist, daß er der Regierung, die die Geschäfte weiter führt, Schwierigkeiten bereiten kann.

Auch die Wirtschaftspartei gegen Reichstagsauflösung.

— Berlin, 5. Januar.

Wie das W.D.-Büro meldet tritt die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei am kommenden Freitag im Reichstagsgebäude zusammen, um zu dem neuen

Antrag der Kommunisten auf Einberufung des Reichstagsplenums Stellung zu nehmen. Die Wirtschaftspartei hatte in ihrer letzten Fraktionsversammlung vor der Weihnachtspause die damals geforderte Reichstagsauflösung abgelehnt, zugleich aber ausgesprochen, daß sie im Januar, falls dann die außenpolitischen Fragen zu einer gewissen Entscheidung geblieben seien, für eine Reichstagsauflösung eintreten werde. Wie dem W.D.-Büro nun in maßgebenden Kreisen der Wirtschaftspartei gesagt wird, dürfte die Reichstagsauflösung am Freitag die Meinung betonen, daß die außenpolitische Lage z. B. eine Reichstagsauflösung unmöglich mache. Die Fraktion werde daher auch diesmal gegen die frühere Einberufung des Plenums im Verlehrsrat am 12. Januar stimmen.

In Kreisen der Deutschen Volkspartei wird dem W.D.-Büro erklärt, daß die Deutsche Volkspartei bisher keine besondere Fraktionsstellung über ihre Stellungnahme zur vorzeitigen Reichstagsauflösung eingenommen habe. Auch bei der Deutschen Volkspartei dürfte sich die Meinung durchsetzen, daß ein Parteiverband, der im Januar des Reichstages im Januar nicht eintreten sollte, weil sie angestrichen der sich herausstellenden Reparationsverhandlungen keinen politischen Nutzen bringen, im Gegenteil nur die Gefahr verstärken werden, daß die außenpolitische Autorität der Reichsregierung durch das Hineintreten des Parlaments empfindlich geschädigt werde.

Abgeblasen!

Das Ende des wilden Streiks im Ruhrgebiet.

— Essen, 5. Januar.

Im Bezirk des Essener Polizeipräsidiums ist die Nacht zum Dienstag überall ruhig verlaufen. Nach einer Mitteilung des Polizeipräsidiums Redaktions haben es die Kommunisten für ratsam gehalten, ihre nur von einem verschwindend kleinen Teil der Belegschaft des Ruhrbergbaues besetzte Streikparade am Dienstag früh durch Boten abzusagen. Wohl wurden noch einzelne Polizeibeamte angegriffen, doch blieb die Polizei Herr der Lage. Am Dienstag früh wurde eine Höllemaschine gefunden, deren Inhalt noch untersucht wird. Auf der Jette „Westholt“ sind 17 Mann nicht angefahren. Es handelt sich aber nicht um Streikende, sondern um Kranke, die zum Teil in der ganzen rheinisch-westfälischen Industrie verstreut sind. Hier sind von 637 Mann Belegschaft 187 nicht zur Arbeit erschienen. Im Bezirk des Polizeipräsidiums Oberhausen ist von der ganzen kommunistischen Unternehmung überhaupt nichts mehr zu hören. Nach den aus dem ganzen Bezirk vorliegenden Meldungen kann somit von einem völligen Zusammenbruch der kommunistischen Bewegung gesprochen werden.

Ein aufgelöster „Trauerzug“.

— Wuppertal, 5. Januar.

Jugendliche Kommunisten bildeten gestern nachmittag in Wuppertal einen Kundgebungszug. Am den Zug vor Aufbruch zu bewahren, war man auf dem Gedanken gekommen, einen großen Teil der Teilnehmer mit Kränzen auszustatten, die mit großen roten Schleifen versehen waren. Die Polizei durchsuchte jedoch den

Opfer des Hochwassers.

Große Schäden durch die Ruhr.

— Essen, 5. Januar.

Auch in der Nacht zum Dienstag hieß das Steigen des Wasserstandes der Ruhr weiter an und zwar stündlich noch um etwa 8 Zentimeter. Um 3 Uhr heute früh wurde ein Stillstand beobachtet; bis 8.30 Uhr ging die Ruhr um zwei Zentimeter zurück. Im Laufe des heutigen Tages trat ein kräftiges Fallen ein. Von Steile werden die tiefergelegenen Stellen vollkommen überflutet, ein ungeheurer See bietet sich dem Auge dar. — Lenne, Wolme und Ennepe haben im Sauerland gleichfalls ihr Bett verlassen und die Gegen Kilometerweit überflutet. In Finnentrop waren die Häuser der tiefergelegenen Teile der Gegend bereits vom Wasser eingeschlossen. In Altenhundem mußten die Bewohner der unmittelbar an der Lenne liegenden Häuser ihre Wohnungen räumen. Das Wasser drang hier bald in Keller und Stallungen und vernichtete Kartoffeln und sonstige Vorräte. Verschiedene Betriebe mußten ihre Arbeit einstellen, da die Maschinen unter Wasser standen. Die Henneperre liegt im Laufe eines Tages um nahezu fünf Meter. Am Zusammenfluß der Ruhr und Möhne gleichen die Felder und Wiesen einem riesigen See. Die Wädhnetalperre und die Talperre bei Weischede stehen kurz vor dem Überlaufen.

Keine Gefahr mehr am Rhein.

— Köln, 5. Januar.

Nach den heute vorliegenden Meldungen über den Wasserstand des Rheines und seiner Nebenflüsse kann angenommen werden, daß Hochwassergefahr nicht besteht. Der Rhein weist in Koblenz erst einen Wasserstand von 3.30 Meter auf und allenfalls mag er noch bis höchstens 4.20 Meter steigen. Das Wasser wächst zwar heute stündlich 7-8 Zentimeter, doch ist das nur eine vorübergehende Erscheinung, hervorgerufen durch eine Welle als Folge der raschen Schneeschmelze und des Regens der letzten Tage im Ober- und Mittelrheingebiet und dessen Nebenflüssen. Das Rader, Rahn und Mosel fließen kräftig, ist natürlich.

Bad Eilen und Salzfluten unter Wasser

— Kassel, 5. Januar.

Die plötzliche Schneeschmelze beginnt jetzt auch in den Tälern der Fulda und Oberweiser bedrohliche Folgen zu zeitigen. Die Fulda führt Hochwasser, das allerdings Kassel noch nicht erreicht, aber die vor Kassel liegende kleine Kreisstadt Weisungen bereits eingeschlossen hat. Weite Wiesenflächen und kilometerlange Straßenzüge stehen unter Wasser und machen jeden Ueberlandverkehr unmöglich. In Garmutshausen am Weisener hat das plötzliche auftretende Tauwetter die Dörfer in reißende Ströme verwandelt, denen ein lebendiger Jüngling bei dem Versuch, das eiterliche Vieh zu retten, zum Opfer fiel. Auch am Oberlauf der Weiser hat das Wasser schwere Verheerungen angerichtet. Die Straßen des Bades Eilen sind vollkommen vom Wasser überflutet. Alle Flüsse

Das neue südslawische Kabinett.

— Belgrad, 5. Januar.

Der König hat heute das neue Kabinett Jivkovic ernannt. Außer dem Ministerpräsidenten bleiben Außen- und Kriegsministerposten unverändert. Das Innere übernimmt der frühere Kultusminister Srđitsch, Finanzminister wurde Djordjević.

Neue italienische Einfuhrsonderzölle.

— Rom, 5. Januar.

Im Geheißblatt wird eine Verfügung veröffentlicht, derzufolge ab 1. Januar 1932 alle in italienischen Häfen oder an italienischen Küsten ausgeladenen Waren, die aus dem Ausland kommen, mit einem Sonderzoll belegt werden. Dieser Zoll beträgt 1 Lire je Tonne für Phosphat, Nitrate (ausgenommen Sodanitratre) und Mauerwerkmaterial. Für alle anderen Waren beträgt der Zoll 2 Lire. Ausgenommen ist Durchfuhrgut. Da die deutsche Phosphatindustrie vielfach auf dem Wasserwege geschieht, ebenso wie die Ausfuhr deutscher Maschinen nach Italien, wird auch Deutschland erheblich von diesen Sonderzöllen betroffen.

Die Lage in der Berliner Metallindustrie.

— Berlin, 5. Januar.

Bei der U.E.G. Henningsdorf haben am Dienstag früh sämtliche Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen. Bei den übrigen kleineren von dem Teilstreit erfassten Betrieben ist die Lage unverändert. Von den rund 100 000 Metallarbeitern Berlins stehen heute nur etwa 700 im Streik.

Erfolglos auch in Niederschlesien.

— Waldenburg, 5. Januar.

Die wochenlange kommunistische Streikfessel ist vollständig wirkungslos geblieben. Obwohl heute früh der Streik beginnen sollte, ist die Belegschaft der Hüttenwerke in Waldenburg und Neudorf-Köster vollständig eingeleitet. Selbst die Mitglieder des kommunistischen Verbandes haben die Streikparade nicht beachtet.

Uch kleine

— Bogdolt,

einigen Urteilen ehen- oder werden, Arbeit unterliegen, so monatlich, so miniliter nichts stimmung weiser ohne Rückf pfigig. Die Lohnsteuer wird einnehmen unter Entschädigung leben und nicht weilt noch darat 40 Mark das wegen der Höhe Monat, von de

Eisenbahngleise hängen in der Luft.

— Braunschweig, 4. Januar.

Auf der Strecke Borsum-Hornburg wurde der Bahndamm unterpumpt. Der Verkehr ist eingestellt worden. Das Gelände bei Borsum ist gleich einem großen See. Die Gleise der Strecke Braunschweig-Hornburg hängen bei Borsum auf einer Strecke von 300 bis 400 Meter in der Luft.

Viele Brücken weggeschwemmt.

— Goslar, 5. Januar.

Das Hochwasser des Grumbachs hat viele Brücken in der Gegend von Goslar fortgeschwemmt. Der Schaden an den Grumbachbrücken ist noch nicht zu übersehen. Der reißende Bach brachte Holz, Tannen mit Wurzeln und Zweigen zu Tal. Der Bahnverkehr nach Goslar ist, da die Schuttmauer des Bahnhofs bedroht wird, sehr erschwert. Ein Wädhnetalperre ist ertrank in den Fluten, da die Brücke, auf der er mit mehreren Personen hand, von dem Strom fortgerissen wurde. Die übrigen Personen konnten sich retten. Die Leiche wurde inzwischen geborgen. Der Verkehr bildet am Unterlauf bei Wiedemann einen großen See. In Goslar selbst haben die Weisenerwerke schwer unter dem Hochwasser zu leiden. Das Mauerwerk der Fabrik mußte mit Sandsäcken gesichert werden. Teilweise sind die Sandsteinmauern unterpumpt. Das Gebäude der Greif-Werke ist abgekippt worden.

In Baden keine Gefahr mehr.

— Karlsruhe, 5. Januar.

Nachdem es zu regnen aufgehört hat, ist die Hochwassergefahr für Baden vorläufig beseitigt. Der Oberrhein und die Gebirgsflüsse führen weniger Wasser. Bei der Kinzig besteht jetzt keine Gefahr mehr für den Damm, so daß es gelingen dürfte, die Räder zu schleppen und den Verkehr auf der Straße Appenweier-Kehl in vollem Umfang wieder aufzunehmen. Die Arbeiten an den Redarhäusern Hirschhorn und Rodenau sind auf etwa zehn Tage unterbrochen, weil die Baustellen von den Wassermassen überflutet wurden.

A7)

